

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telefax: 8 88 846 ppbn d  
Telefax: 21 08 84

## Inhalt

Zu einem Informationsbesuch des Arbeitskreises „Gleichstellung von Frau und Mann“ der SPD-Bundestagsfraktion bei der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg: Frauenbenachteiligung am Arbeitsmarkt überwinden.

Seite 1

Ludwig Stiegler MdB zur Notwendigkeit, einer von Bonn abzustützensen „Bleibe“-Politik der DDR: Eine gesamtdeutsche Solidargemeinschaft aufbauen.

Seite 4

### Dokumentation

NRW-Ministerpräsident Johannes Rau hielt auf der SPD-Delegiertenkonferenz in Siegen ein Referat, aus dem wir die Deutschlandpolitik betreffende Passagen im Auszug dokumentieren.

Seite 5

45. Jahrgang / 25

5. Februar 1990

### Frauenbenachteiligung am Arbeitsmarkt überwinden

Zu einem Informationsbesuch des Arbeitskreises „Gleichstellung von Frau und Mann“ der SPD-Bundestagsfraktion bei der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg

Von Renate Schmidt MdB  
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und  
Vorsitzende des Arbeitskreises Gleichstellung von Frau und Mann

Frauenarbeitslosigkeit, arbeitsmarktpolitische Instrumente, Probleme der Langzeitarbeitslosigkeit sowie die Frauenförderung in und durch die Bundesanstalt für Arbeit standen im Mittelpunkt des Gespräches.

„Die heutige Situation in der Bundesrepublik Deutschland ist dadurch gekennzeichnet, daß in unseren Gesetzen die Gleichberechtigung de jure durchgängig beachtet wird“, erklärte die Bundesfrauenministerin Ursula Lehr am 22. Januar 1990 vor der UNO.

Daß dieser Satz wohl eher einem Wunschenken entspringt, machte ganz konkret der Besuch der SPD-Frauenpolitikerinnen bei der Bundesanstalt für Arbeit deutlich.

#### 1. Frauenarbeitslosigkeit a) Fakten

Nach wie vor liegt die Quote der arbeitslosen Frauen mit 8,6 Prozent weit über derjenigen der Männer mit 6,2 Prozent. Durchschnittlich sind Frauen mit 7,5 Monaten auch länger von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer mit 6,5 Monaten.

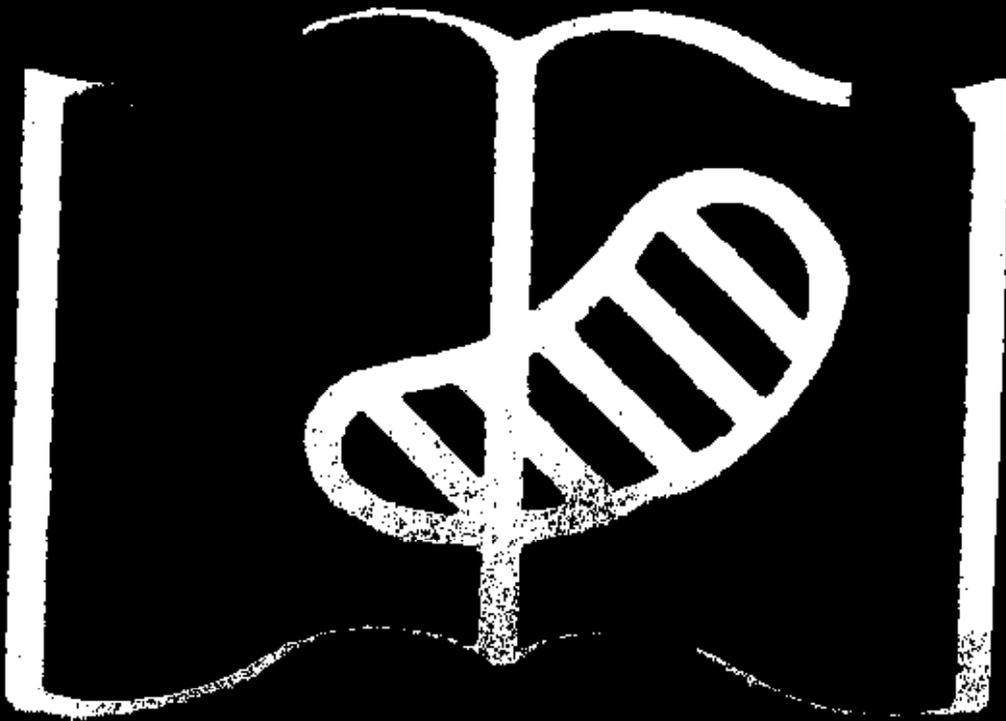
Hier wiederum sind besonders Frauen betroffen, die sich um die Erziehung ihrer Kinder kümmern. Diese Frauen im Alter zwischen 20 und 35 Jahren suchen in starkem Maße Teilzeitarbeitsplätze, jedoch übersteigt die Nachfrage die angebotenen Stellen um das neunfache.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Haussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

KRAFTWERK ÖKOPAK  
mit wertvollen Rücklagen  
Recycling-Papier





Rudolf Wassermann ist einer von denen, die sozialdemokratische Werte (2013) mitgeformt und mitgestaltet haben.

Die SPD dankt Rudolf Wassermann. Ihre guten Wünsche begleiten ihn auf seinem neuen Lebensabschnitt.  
(-/2.2.1990/vo-he/rs)

\* \* \*

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telex: 8 89 848 pppn d  
Telefax: 21 08 64

## Inhalt

Zu einem Informationsbesuch des Arbeitskreises „Gleichstellung von Frau und Mann“ der SPD-Bundestagsfraktion bei der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg: Frauenbenachteiligung am Arbeitsmarkt überwinden.

Seite 1

Ludwig Stiegler MdB zur Notwendigkeit, einer von Bonn abzustützenden „Bleibe“-Politik der DDR: Eine gesamtdeutsche Solidargemeinschaft aufbauen.

Seite 4

### Dokumentation

NRW-Ministerpräsident Johannes Rau hielt auf der SPD-Delegiertenkonferenz in Siegen ein Referat, aus dem wir die Deutschlandpolitik betreffende Passagen im Auszug dokumentieren.

Seite 5

45. Jahrgang / 25

5. Februar 1990

### Frauenbenachteiligung am Arbeitsmarkt überwinden

Zu einem Informationsbesuch des Arbeitskreises „Gleichstellung von Frau und Mann“ der SPD-Bundestagsfraktion bei der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg

Von Renate Schmidt MdB

Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und  
Vorsitzende des Arbeitskreises Gleichstellung von Frau und Mann

Frauenarbeitslosigkeit, arbeitsmarktpolitische Instrumente, Probleme der Langzeitarbeitslosigkeit sowie die Frauenförderung in und durch die Bundesanstalt für Arbeit standen im Mittelpunkt des Gespräches.

„Die heutige Situation in der Bundesrepublik Deutschland ist dadurch gekennzeichnet, daß in unseren Gesetzen die Gleichberechtigung de jure durchgängig beachtet wird“, erklärte die Bundesfrauenministerin Ursula Lehr am 22. Januar 1990 vor der UNO.

Daß dieser Satz wohl eher einem Wunschdenken entspringt, machte ganz konkret der Besuch der SPD-Frauenpolitikerinnen bei der Bundesanstalt für Arbeit deutlich.

#### 1. Frauenarbeitslosigkeit a) Fakten

Nach wie vor liegt die Quote der arbeitslosen Frauen mit 8,6 Prozent weit über derjenigen der Männer mit 6,2 Prozent. Durchschnittlich sind Frauen mit 7,5 Monaten auch länger von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer mit 6,5 Monaten.

Hier wiederum sind besonders Frauen betroffen, die sich um die Erziehung ihrer Kinder kümmern. Diese Frauen im Alter zwischen 20 und 35 Jahren suchen in starkem Maße Teilzeitarbeitsplätze, jedoch übersteigt die Nachfrage die angebotenen Stellen um das neunfache.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verständiger Umgang  
mit wertvollen Ressourcen  
Reinigung: Pulver



Die sozialdemokratische Rechtspolitik mitgestaltet  
Zum Ausscheiden von Rudolf Wassermann aus dem Justiz-Dienst

Von Dr. Alfred Emmerlich MdB

Der Präsident des Oberlandesgerichts Braunschweig, Rudolf Wassermann, tritt in diesen Tagen in den Ruhestand. Rudolf Wassermann steht in der ersten Reihe derjenigen, die es nicht bei einer Kritik an der restaurativen Rechtspolitik der Adenauer-Ära bewenden ließen, sondern eine grundlegende Rechtsreform forderten und zugleich konzipierten.

Rudolf Wassermann hat für diese große Rechtsreform überall, wo er dazu Gelegenheit hatte, die Trommel gerührt. Dank seiner Fähigkeit, die Reformziele in Vorträgen, Diskussionen sowie in zahllosen Aufsätzen auch in Büchern überzeugend darzustellen, ist es nicht zuletzt ihm zu verdanken, daß die Justizreform von den Medien aufgenommen und damit zum öffentlichen Thema wurde, daß Wissenschaftler und Praktiker sich der Justizreform annahmen und daß auch die Politik sich mit ihr auseinandersetzte.

Rudolf Wassermann ist Sozialdemokrat. Daß die SPD mit ihrem ersten rechtspolitischen Kongreß in Heidelberg eine reformerische Rechtspolitik zu einem ihrer Hauptprogrammpunkte machte und in den rechtspolitischen Leitsätzen von Nürnberg wichtige Reformziele konkretisierte, war ein Erfolg der Reformen, an dem Rudolf Wassermann in besonderer Weise beteiligt war.

Rudolf Wassermann war es vergönnt, an der Verwirklichung der Reformpolitik auf höchster Ebene als Pressesprecher von Gustav Heinemann und vor Ort als Landgerichtspräsident in Frankfurt und Oberlandesgerichtspräsident in Braunschweig mitzuwirken. Die Breite und Tiefe der Einsichten und Erfahrungen, die er durch diese Aktivitäten gewonnen hat, ist bei nur wenigen anzutreffen und sollte genutzt werden.

Rudolf Wassermann war einer der ersten, der die Internationalität der Rechtspolitik erkannte und daraus auch praktische Konsequenzen zog, unter anderem die Kontaktaufnahme zu rechtspolitisch orientierten Rechtswissenschaftlern und zu Rechtspolitikern anderer Länder. Was die Zusammenarbeit mit der österreichischen Rechtspolitik und ihrem herausragenden Vertreter Christian Broda angeht, hat Rudolf Wassermann wiederum die Rolle des Vordenkers und Vorreiters übernommen. In Österreich wird er zu Recht als einer der großen Rechtsreformer angesehen und gefeiert.

Rudolf Wassermann ist seinen Überzeugungen stets treu geblieben. Er ist, obwohl er in manchen konservativen Kreisen der Justiz und der Rechtspolitik als solcher angesehen wurde, nie ein Umstürzler gewesen, sondern ein Reformler, der nicht Utopia anstrebte, sondern „Reformen mittlerer Reichweite“. Rudolf Wassermann hat sich den Tages- und Zeitströmen nicht gebeugt. Auch dann nicht, wenn das für ihn mit Nachteilen verbunden war. Rudolf Wassermann ist, wenn es ihm notwendig erschien, keiner Auseinandersetzung und keinem Kampf aus dem Wege gegangen. Aber Rudolf Wassermann ist nicht streitsüchtig, und er weiß, daß in einer Demokratie der Kompromiß und der Konsens gesucht und gefunden werden müssen.

Wenn einleitend mitgeteilt worden ist, Rudolf Wassermann gehe in den Ruhestand, so ist diese Aussage nur formal richtig. Wer Rudolf Wassermann und sein Wirken kennt, weiß, daß es für ihn nie einen Ruhestand gibt. Und das ist gut so, für ihn, für das Rechtswesen in der Bundesrepublik und für die Sozialdemokratie.

Rudolf Wassermann ist einer von denen, die sozialdemokratische Rechtspolitik mitgeformt und mitgestaltet haben.

Die SPD dankt Rudolf Wassermann. Ihre guten Wünsche begleiten ihn auf seinem neuen Lebensabschnitt.

(-/2.2.1990/va-he/rs)

\* \* \*

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 88 848 ppbn d  
Telefax: 21 09 64

## Inhalt

Zu einem Informationsbesuch des Arbeitskreises „Gleichstellung von Frau und Mann“ der SPD-Bundestagsfraktion bei der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg: Frauenbenachteiligung am Arbeitsmarkt überwinden.

Seite 1

Ludwig Stiegler MdB zur Notwendigkeit, einer von Bonn abstützenden „Bleibe“-Politik der DDR: Eine gesamtdeutsche Solidargemeinschaft aufbauen.

Seite 4

### Dokumentation

NRW-Ministerpräsident Johannes Rau hielt auf der SPD-Delegiertenkonferenz in Siegen ein Referat, aus dem wir die Deutschlandpolitik betreffende Passagen im Auszug dokumentieren.

Seite 5

45. Jahrgang / 25

5. Februar 1990

### Frauenbenachteiligung am Arbeitsmarkt überwinden

Zu einem Informationsbesuch des Arbeitskreises „Gleichstellung von Frau und Mann“ der SPD-Bundestagsfraktion bei der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg

Von Renate Schmidt MdB

Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und  
Vorsitzende des Arbeitskreises Gleichstellung von Frau und Mann

Frauenarbeitslosigkeit, arbeitsmarktpolitische Instrumente, Probleme der Langzeitarbeitslosigkeit sowie die Frauenförderung in und durch die Bundesanstalt für Arbeit standen im Mittelpunkt des Gesprächs.

„Die heutige Situation in der Bundesrepublik Deutschland ist dadurch gekennzeichnet, daß in unseren Gesetzen die Gleichberechtigung de jure durchgängig beachtet wird“, erklärte die Bundesfrauenministerin Ursula Lehr am 22. Januar 1990 vor der UNO.

Daß dieser Satz wohl eher einem Wunschdenken entspringt, machte ganz konkret der Besuch der SPD-Frauenpolitikerinnen bei der Bundesanstalt für Arbeit deutlich.

#### 1. Frauenarbeitslosigkeit

##### a) Fakten

Nach wie vor liegt die Quote der arbeitslosen Frauen mit 8,6 Prozent weit über derjenigen der Männer mit 6,2 Prozent. Durchschnittlich sind Frauen mit 7,5 Monaten auch länger von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer mit 6,5 Monaten.

Hier wiederum sind besonders Frauen betroffen, die sich um die Erziehung ihrer Kinder kümmern. Diese Frauen im Alter zwischen 20 und 35 Jahren suchen in starkem Maße Teilzeitarbeitsplätze, jedoch übersteigt die Nachfrage die angebotenen Stellen um das neunfache.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verantwortung  
nach  
Pressegesetz  
Bonn



Ein weiteres Hindernis für die Vermittlung von Frauen ist die Frage, ob sie „dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen“, wenn sie gleichzeitig ihre Kinder betreuen. Diese Nachfrage ist nur bei Teilzeitarbeit suchenden zulässig.

Nach einer Untersuchung des IAB ist bei Frauen ein Qualifikationsabschluß im geringeren Maße mit einer ausbildungsadäquaten Beschäftigung verbunden als bei Männern - die Folge: ein wesentlich geringerer Monatsverdienst bei gleicher Ausbildung (Durchschnittsgehalt bei Männern DM 4.045 bei Frauen DM 2.738).

Bei einem Gesamtanteil von 48 Prozent an den Arbeitslosen beträgt der Anteil von Frauen, die sich an Qualifizierungsmaßnahmen beteiligen lediglich 37 Prozent.

#### b) Schlußfolgerungen

Von seiten der Bundesregierung und der Bundesanstalt für Arbeit müssen größere Anstrengungen unternommen werden, damit die Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt beseitigt wird. Dabei ist zu begrüßen, daß die Bundesanstalt für Arbeit jetzt halbjährlich einen Frauen-Arbeitsmarktbericht herausgibt, dessen Datenmaterial eine brauchbare Grundlage ist, um gezielte arbeitsmarktpolitische Schritte zur Verringerung der Frauenarbeitslosigkeit einzuleiten.

Sowohl die Bundesanstalt für Arbeit als auch die Arbeitgeber sind gefordert Programme zur permanenten Weiterqualifizierung von Frauen während der Zeiten der Kindererziehung anzubieten. Erste Ansätze - die bereits in Großunternehmen verwirklicht sind - müssen auf eine breitere Basis gestellt werden.

Durch geeignete Maßnahmen muß sichergestellt werden, wie es die SPD in ihrem Programm „Fortschritt 90“ bereits beschlossen hat, daß der Anteil der Frauen an beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen ihrem Anteil an den Arbeitslosen entspricht.

Von seiten der Vertreterinnen der SPD wurde ausdrücklich begrüßt, daß die Bundesanstalt für Arbeit plant, eine Informationsbroschüre speziell für Frauen (ergänzend zum Frauen-Arbeitsmarktbericht) herauszugeben. Es ist jedoch weiterhin zu fordern, daß die jeweiligen aktuellen Arbeitsmarktberichte stärker untergliedert werden, um besseres statistisches Material zur Verfügung zu haben. Die Bundesanstalt sagte zu, dieses Anliegen zu prüfen.

Auch auf die Arbeitsämter kommen durch die Öffnung der Grenze zur DDR weitere Aufgaben zu: In Hof zum Beispiel werden pro Woche bis zu 1.700 Informationswünsche von DDR-Bürgerinnen und -Bürgern an die Berater des Arbeitsamtes herangetragen. Die personelle Kapazität muß hier dringend erweitert werden.

## 2. Arbeitsmarktpolitische Instrumente / Probleme der Langzeitarbeitslosigkeit

### a) Fakten

Der Anteil von Frauen an Maßnahmen der beruflichen Fortbildung und Umschulung liegt lediglich bei 37,1 Prozent, bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bei 41 Prozent. Dies beruht auf der Tatsache, daß diese Maßnahmen vor allem sogenannten Leistungsempfängern angeboten werden und Frauen in diesem Bereich Arbeitslose „zweiter Klasse“ sind.

Aufgrund der Kürzung der zur Verfügung stehenden Mittel waren diese Maßnahmen im vergangenen Jahr stark rückläufig. Dies trifft ebenso auf die Anzahl der Einarbeitungsmaßnahmen beziehungsweise -zuschüsse zu. Diese sind im vergangenen Jahr - aufgrund der Kürzung der Mittel durch die Bundesregierung - um 37 Prozent bei Frauen und 21 Prozent bei Männern zurückgegangen.

Alles verfügbare statistische Material verdeutlicht, daß von Langzeitarbeitslosigkeit vor allem Menschen mit nicht abgeschlossener Berufsausbildung betroffen sind.

#### b) Schlußfolgerungen

Die Mittel zur beruflichen Fortbildung und Umschulung müssen ebenso drastisch erhöht werden, wie die Mittel für Einarbeitungsmaßnahmen. Dabei sind geeignete Instrumente zu entwickeln, damit der Anteil der Frauen an diesen Maßnahmen deutlich erhöht wird.

Da eine nicht abgeschlossene oder keine Berufsausbildung die Langzeitarbeitslosigkeit geradezu „herausfordert“, gilt es hier präventive Maßnahmen zu ergreifen. Insbesondere sind davon ausländische Jugendliche (und hier wiederum vor allem Türkinnen) betroffen, die aufgrund traditioneller Rollenklischees oder aber aufgrund der Unsicherheit beim Aufenthaltsrecht eine Ausbildung erst gar nicht beginnen.

Auch das 1,5-Milliarden-Sonderprogramm zur Schaffung neuer Arbeitsplätze hat sein Ziel nicht erreicht. Der Anteil von Frauen liegt hier bei lediglich 25 Prozent. Dies zeigt nicht nur, daß nicht genügend Anreize für Frauen vorhanden sind, sondern auch, daß die Kriterien für die Vergabe dieser Mittel verändert werden müssen.

Ein wesentlicher Faktor, dessen Lösung unabdingbar ist, ist die Frage der Kinderbetreuung. Viele Frauen wird die Teilnahme an Qualifizierungs- oder AB-Maßnahmen unmöglich gemacht, da die notwendigen Kinderbetreuungs-Einrichtungen fehlen. Hier ist nicht nur der Staat gefordert - auch Betriebe können durch die Einrichtung von Betriebskindergärten hier ihren Beitrag leisten.

Nach wie vor findet eine Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt statt. Trotz des arbeitsrechtlichen EG-Anpassungsgesetzes, welches zum Beispiel die geschlechtsneutrale Ausschreibung von Stellen vorschreibt, werden Männer von vielen Arbeitgebern weiterhin bevorzugt. Diese Erfahrungen aus der Praxis werden sicherlich ihren Niederschlag auch in dem Bericht der Bundesanstalt für Arbeit an die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) finden, der in diesem Jahr fertiggestellt werden soll. Deutlich wird durch diese manifeste Diskriminierung von Frauen auch, wie wichtig und richtig das von der SPD-Bundestagsfraktion erarbeitete „Gleichstellungsgesetz“ ist.

#### 3. Frauenförderung in und durch die Bundesanstalt für Arbeit.

Die von der Bundesanstalt für Arbeit vorgelegten Zahlen über die Frauenquote in den einzelnen Dienststufen macht deutlich, daß bei der Frauenförderung in der Bundesanstalt wirksamere Maßnahmen ergriffen werden müssen. So lag der Anteil von Frauen im höheren Dienst bei lediglich 26,2 Prozent.

Auch wenn von seiten der Vertreterinnen der SPD die Bemühungen der Leitung der Bundesanstalt und des Personalrates anerkannt werden, scheint doch ein Frauenförderplan unumgänglich.

Begrüßenswert ist, daß bei der Bundesanstalt und den Landesarbeitsämtern jetzt die Stellen von Frauenbeauftragten geschaffen wurden. Bei den lokalen Arbeitsämtern kommt es jedoch durch die Tatsache, daß die Frauenbeauftragten quasi „nebenberuflich“ diese Aufgabe wahrnehmen zu einer nicht zu rechtfertigenden Überbelastung. Dies gilt es zu überwinden, ebenso wie die Kompetenzen der Frauenbeauftragten klar zu definieren sind. (-/5.2.1990/rs/ks)

**Eine gesamtdeutsche Solidargemeinschaft aufbauen**

Zur Notwendigkeit, einer von Bonn abzustützensden „Bleibe“-Politik der DDR

Von Ludwig Stiegler MdB  
Stellvertretender Landesvorsitzender der SPD in Bayern

Es ist schon kurzfristig notwendig, über ein Sozialversicherungsabkommen mit der DDR eine gesamtdeutsche Solidargemeinschaft für die großen Lebensrisiken Alter, Krankheit und Arbeitslosigkeit zu entwickeln. Nur so sind Mißbräuche und Spannungen zu vermeiden. Nur so sind auch alle DDR-Deutschen dazu zu bringen, ihre Verpflichtungen aus dem Generationenvertrag für die Dahmgebliebenen zu erfüllen.

Es geht nicht, ohne Rücksicht auf die Veränderungen einfach nach dem Westen abzuhaufen und sich um den Generationenvertrag daheim nicht mehr zu kümmern. Auch bei Verwirklichung der deutschen Einheit muß eine Regelung getroffen werden, die die Verantwortlichkeit der jüngeren DDR-Generation für ihre Elterngeneration sicherstellt. Auch bei einem Einheitsstaat könnte eine gesamtdeutsche Regierung nicht zulassen, daß alle nach dem Westen abhaufen. Die SPD tritt deshalb nachdrücklich für eine Halte- und Bleibe-Politik ein, die materiell mit Hilfen aus dem Westen abgesichert werden muß.

Der Aufbau einer Arbeitsverwaltung entsprechend der der Bundesrepublik ist in der DDR vordringlich in Angriff zu nehmen. Nur so kann die Abwanderung der Arbeitslosen und ihre Fortbildung und Umschulung für eine gewandelte DDR-Wirtschaft sichergestellt werden. Eine Politik der Umschulung in der Bundesrepublik wird zur Massenabwerbung der besten führen. Wir kennen das aus der Grenzlandsituation. Die Bundesanstalt und der Bundesarbeitsminister sind deshalb zusammen mit der EG-Kommission gefordert, in großem Stil Fortbildung und Umschulung der Arbeitnehmer in der DDR nach den Maßstäben der weltweiten Arbeitsteilung in Angriff zu nehmen.

Wo es keine Vertreibung mehr gibt, kann es auch kein Vertriebenenrecht mehr geben. Wir wollen, daß die Menschen in ihrer angestammten Heimat bleiben, wir wollen und werden ihnen beim Aufbau von Wirtschaft und Wohlstand helfen, aber wir können sie nicht länger durch unser soziales Sicherungssystem anreizen, ihre angestammte Heimat zu verlassen und hier bei uns ihr Glück zu suchen.

Das klingt hart, ist aber mit Rücksicht auf die Situation in der DDR und bei uns in der Bundesrepublik unverzichtbar. Eine weitere Zuwanderung zerstört die Aufbauchancen in der DDR und destabilisiert letztlich auch die Bundesrepublik. Oskar Lafontaine hat als erster Spitzenpolitiker diese Erkenntnis ausgesprochen. Alle robben sich jetzt an Oskar Lafontaine heran. Jetzt wollen wir auch Taten sehen.

Ich bin mir dabei der Tatsache bewußt, daß der Abbau der gleichberechtigten Eingliederung in das soziale Netz der Bundesrepublik allein nicht ausreicht, die Menschen zu halten. Deshalb ist es notwendig, Investitionen, Kaufkraft und Zukunftshoffnungen in die DDR zu bringen. Der rasche Austausch der DDR-Währung durch die DM oder den ECU ist unverzichtbar. Wenn erst Löhne und Gehälter in DM gezahlt werden, schaut die Welt wieder anders aus.

(-/5.2.1990/rs/ks)

\* \* \*

**DOKUMENTATION**  
=====

Johannes Rau: Nationalistische Töne sind lebensgefährlich

NRW-Ministerpräsident Johannes Rau hielt als Landesvorsitzender der SPD am 3. Februar auf der SPD-Delegiertenkonferenz in Siegen ein Referat, aus dem wir die Deutschlandpolitik betreffende Passagen im Auszug dokumentieren.

Die revolutionären Veränderungen haben riesige Chancen, aber sie haben auch Risiken. Darum brauchen wir, neben aller Bereitschaft zum Handeln, Nüchternheit, Klarheit des Blickes und der Worte. Denn gerade wir Deutschen müssen ein starkes Interesse an Stabilität in Europa haben. Destabilisierung würde das Ziel der Einheit nicht nur gefährden, sondern unmöglich machen. Aber Stabilität ist nicht Status quo erhalten, sondern Status quo überwinden. Und da weiß jeder: Dieser Auftrag, das neue Europa zu bauen, das ist ein Auftrag für viele Jahre. Er gelingt nur, wenn wir auf diesem Weg berechenbar bleiben, wenn es in Grundsatzfragen keine Zweideutigkeiten gibt. Das gilt auch für das Verhältnis der Deutschen zu einander. Es gehört ja zu den Risiken, von denen ich gesprochen habe, daß es in beiden deutschen Staaten wieder nationalistische Töne gibt. Das ist lebensgefährlich. Denn in der Vergangenheit hat Nationalismus immer nur Leid und Unglück über die Völker gebracht, auch über die Völker Europas. Und darum müssen wir von Anfang an dem Nationalismus widerstehen, weil wir Patrioten sind. Weil wir wollen, daß zusammenwächst, was zusammengehört.

Darum darf es an uns keinen Zweifel geben, weder im Westen noch im Osten. Darum müssen wir deutlich sagen, was wir nicht wollen. Wir wollen keine Restauration, wir wollen nicht die Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937. Wir wollen keinen neuen deutschen Zentralstaat. Der Föderalismus ist unsere Antwort auf den Zentralismus, auf den Machtmißbrauch und auf den Nationalismus. Wir wollen einen Deutschen Bund und kein Deutsches Reich!

Ich glaube, daß diese Klarheiten die Voraussetzung dafür sind, daß wir unsere Einheit in Freiheit vollenden können. Und wer jetzt wieder zurückblickt, wer die alten Entwürfe sucht, wer jetzt Zweifel sät, wer jetzt Mißtrauen weckt, der verspielt die Chancen, die die Deutschen in der DDR sich und damit uns geschaffen haben. Denn das was da drüben geschehen ist, das ist zuerst die Leistung derjenigen, die den aufrechten Gang geübt haben und gegangen sind, als das noch lebensgefährlich war.

Und die sollten wir nicht vergessen.

Ministerpräsident Hans Modrow hat am 1. Februar, vorgestern, zu unser aller Überraschung die Vereinigung der beiden deutschen Staaten auf die Tagesordnung gerückt. Das Wichtige ist: Dieser Satz ist abgesprochen mit Michail Gorbatschow. Die Elemente sind deutlich: Es geht um eine Vertragsgemeinschaft, um Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft. Es geht um konföderative Elemente, eine Wirtschafts-, eine Währungs- und eine Verkehrsunion. Es geht um die Angleichung der Rechtssysteme. Es geht um die Konföderation von DDR und Bundesrepublik mit gemeinsamen Organen und Institutionen. Es wird gemeinsame „Machtorgane dieser Konföderation“ geben so sagt Modrow. Es geht um die Bildung eines einheitlichen deutschen Staates in Form einer Konföderation oder eines deutschen Bundes. Ich begrüße diesen Vorschlag, und ich stimme ihm in fast allen Punkten zu. Denn ich setze auf Einheit!

Darf ich einen Gedanken noch einmal aufgreifen, den ich am Kölner Parteitag gesagt habe: Wer als Kind evakuiert gewesen ist in Sachsen und Thüringen, wer 1952 in die Politik gekommen ist gemeinsam mit Gustav Heinemann, um der Einheit willen, um der Aufhebung und Überwindung der Spaltung willen, der bedarf der Belehrung nicht, und der muß nicht ständig Zeugnis ablegen von seinem Willen zum Zusammenwachsen, sondern der will etwas dafür tun.

Das erste, was wir tun müssen, Hermann Heinemann hat davon gesprochen, und ich komme darauf noch einmal zurück, das ist: Praktische Schritte gehen, damit die Menschen in der DDR leben und sich da wohlfühlen können. Sie brauchen eine Perspektive für ihr Leben dort.

Das wird uns Opfer abverlangen. Das wird uns abverlangen, daß wir den Zuwachs, den wir bei uns haben, nicht bloß für uns behalten, sondern daß wir das Teilen lernen und daß wir anfangen müssen mit einer Währungspolitik, von der wir heute in den Zeitungen lesen, daß sie wohl schon am Anfang des kommenden Jahres realisiert werden kann.

\*

Bei dem, was da vor uns liegt an Aufgaben, hat natürlich das Verhältnis von Bundesrepublik und DDR eine ganz besondere Bedeutung. Wir brauchen einen besonnenen, planvollen Prozeß. Die zentrale Aufgabe - das können wir ja nicht oft genug sagen - ist es, das Wohlstandsgefälle abzubauen. Die Entvölkerung der DDR und Polens ist kein Weg zur Wiedervereinigung und ist kein Weg zum neuen Europa. Da muß Hilfe geleistet werden, wir können es nicht oft genug sagen! Das Ziel sozialdemokratischer Entspannungspolitik ist es gewesen, die Teilung zu überwinden, Begegnungen zu ermöglichen und die bei uns aufzunehmen, die unter Verfolgung und Unterdrückung gelitten haben - aber Entvölkerung ist nie unser Ziel gewesen. Darum bitten wir auch von hier aus die Menschen: Überlegen Sie sich Ihre Entscheidung gut! Es ist keine Lösung, wenn Hunderttausende auf lange Zeit in Lagern und Wohncontainern, auf Schiffen und in Turnhallen leben müssen. Und mit jedem, der weggeht, verschlechtern sich die Chancen in Brandenburg und in Mecklenburg, in Sachsen und in Sachsen-Anhalt und in Thüringen, eine neue Ordnung aufzubauen: Rechtsstaat und Demokratie, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung. Darum haben wir alle Anreize abgebaut, die zusätzlich Menschen dazu geführt haben, zu kommen. Wir stehen noch vor großen Aufgaben: Wir stehen vor neuen Regelungen im Rentenrecht, bei den Sozialleistungen.

Wenn ich mir da den Bundesarbeitsminister ansehe - was hat der in den vergangenen Wochen alles zu Oskar Lafontaine gesagt. Er hat ihn nicht nur scharf angegriffen, er hat ihn diffamiert, hat ihn als deutschenfeindlich, als Mauerbauer beschimpft. Im Hinblick auf Herrn Blüm kann ich nur sagen: Was ist von der Glaubwürdigkeit eines Mannes zu halten, der einen anderen diffamiert und ihm durch sein Handeln recht gibt? Jetzt sitzen die Beamten im Arbeitsministerium in seinem Auftrag an den Fragen, die wir Sozialdemokraten mit Oskar Lafontaine zum politischen Thema gemacht haben, weil sie die Menschen bewegen. Nein, nein, mit Gauklern kann man keine Deutschlandpolitik betreiben!

Was ich hier sage, ist nicht Abweisung von Menschen, die zu uns kommen, sondern ist die Erklärung der Bereitschaft, daß wir unseren Zuwachs an wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit mit den Menschen in der DDR teilen wollen. Das entspricht dem Gebot sozialer Gerechtigkeit, denn es sind doch die ohnehin belasteten Bevölkerungsgruppen, die auch bei uns die Hauptlast der Integration tragen müssen. Die deutsche Frage ist auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, und wer könnte diese Frage besser beantworten als die Sozialdemokraten in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR. Ich habe auf dem Landesparteitag in Köln vorgeschlagen, die dritte Stufe der Steuersenkung auszusetzen. Die Bundesregierung hat das abgelehnt. Wir müssen verhindern, daß diese falsche Politik fortgesetzt wird, denn ohne starkes Engagement der Unternehmen und der öffentlichen Hände ist es nicht zu schaffen. Aber auch hier gilt: Die starken Schultern müssen mehr tragen als die schwachen. Wir sprechen über diese wichtigen Fragen in der gemeinsamen Kommission der deutschen Sozialdemokraten. Wir bieten unseren Freunden die Hilfe, um die sie uns bitten. Dazu gehört nicht nur Wahlkampfhilfe, sondern dazu gehört, was wir an Erfahrungen haben, in der Struktur-, in der Umwelt-, in der Energiepolitik, in der Stadtentwicklung im Verhältnis von Kommunen und Staat.

Die Wahl am 18. März, liebe Freunde, ist die Schicksalswahl nach 1945. Wir wollen dabei so helfen, daß zuerst die Demokratie und dann die SPD gewinnt in der DDR. Das sind unsere Ziele.

Wenn wir diese Aufgabe begriffen haben, wenn wir diese Herausforderung annehmen, dann verhindern wir auch, was andere versuchen, nämlich Deutschlandpolitik zum Aufheizen und Anheizen des Wahlkampfes zu nutzen, den wir hier zu führen haben, Deutschlandpolitik zu mißbrauchen als Ablenkungsversuch. Ich sehe bei der CDU im Lande die Gefahr, daß sie bei unserem Wahlkampf nur über Deutschland redet. Das hat einen ganz schlichten Grund: Zur Nordrhein-Westfalen fällt ihr nichts ein. Sie hat landespolitisch kaum etwas zu bieten, nicht einmal konstruktive Leistungen als Opposition.

(-/5.2.1990/rs/ks)